 Wahlprüfsteine ***hlb***Hessen

**Landtagswahl Herbst 2018:**

**Positionen der Parteien zur Situation an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften**

**Wahlprüfstein 1: Adäquate Finanzierung der Forschungstätigkeit**

Auch für die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften wurde die Aufgabe „Forschung und Entwicklung“ als Dienstaufgabe gesetzlich festgeschrieben. Die in Paragraph 8 (1) HHG festgelegte Vorgabe, diese Aufgabe durch eine angemessene Grundfinanzierung zu unterstützen, wurde jedoch nicht einmal ansatzweise umgesetzt. Forschungsprojekte sind derzeit weitestgehend nur über Drittmittel, z. T. in Verbindung mit öffentlicher Förderung wie LOEWE, zu realisieren. Es fehlt an der nötigen Infrastruktur und der notwendigen Unterstützung durch wissenschaftliche Mitarbeiter. Der Aufbau neuer oder die Erweiterung bestehender Forschungsfelder ist somit kaum möglich.

CDU:

**Wie steht Ihre Partei zu diesem Thema?**

Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAWn) leisten aus Sicht der CDU Hessen einen wichtigen Beitrag zur anwendungsorientierten Forschung. Sie sind Spezialisten in den Bereichen praxisnahe Forschung, Anwendung und Transfer. Ihre Stärke liegt insbesondere in ihrer engen Zusammenarbeit mit kleinen und mittleren Unternehmen. Dies hat Vorteile für beide Seiten: Die Studierenden haben durch den engen Praxisbezug Einblick in die Arbeitswelt, die Unternehmen profitieren von den neuesten Forschungsergebnissen. Das Fächerspektrum der HAWn spiegelt diese Anwendungsorientierung, welche den Absolventinnen und Absolventen gute Erfolgschancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnet, wider.

Die Forschung an den HAWn ist aus unserer Sicht dabei ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Wissenschaftslandschaft in Hessen. Gemäß § 8 I HHG finanziert das Land die Leistungen und die Entwicklung sowie die hierfür erforderlichen Investitionen der Hochschulen im Rahmen der vom Landtag bewilligten Mittel. Darüber hinaus sind die Hochschulen verpflichtet, soweit wie möglich weitere Mittel von Dritten einzuwerben. Mit Blick auf die stark angestiegene Grundfinanzierung – von 963 Millionen Euro (1998) auf 1,7 Milliarden Euro (2019) – hat die Möglichkeit der Hochschulen, diese auch für die Finanzierung von Forschungsprojekten einzusetzen, deutlich erweitert. Und auch ein sehr großer Anteil der Drittmittel stammt im Übrigen aus Öffentlicher Hand, z. B. aus Mitteln des LOEWE-Programmes oder der DFG. Sie sind eine häufig in Wettbewerbsverfahren erlangte Ergänzung der sonstigen Hochschulmittel, die Hochschulen auch zur Profilbildung einsetzen können.

Gleichwohl hat die CDU Hessen sich ergänzend dafür eingesetzt, dass im Hessischen Hochschulpakt über das Innovationsbudget gesonderte und spezifische Mittel in Höhe von insgesamt 22,5 Millionen Euro für die Forschung an HAWn bereitgestellt worden sind. Die Möglichkeit der Verleihung des Promotionsrechts an forschungsstarke Fachgebiete stärkt das anwendungsorientierte Forschungsprofil der HAWn darüber hinaus auf bundesweit einzigartige Weise. Darüber hinaus fördert das Land richtigerweise weiterhin kooperative Promotionsverfahren in hochschulübergreifenden Plattformen durch zusätzliche Mittel (1 Million Euro p. a.). Zusammen mit der Ermöglichung von kooperativen LOEWE-Projekten durch die Beteiligung der HAWn an der Förderlinie III wurden damit wichtige Schritte unternommen, um die anwendungsorientierte Forschung zu stärken. Dadurch ist es möglich, dort neuen Forschungsfeldern Auftrieb zu verleihen und eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden.

Dies lässt sich gleichermaßen am Erfolg von drei hessischen HAWn in der von Bund und Ländern getragenen Förderinitiative „Innovative Hochschule“ ablesen. Die Initiative hat das Ziel, den Auf- und Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen, der Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Akteuren zu fördern, die Hochschulen als Innovationspole in ihrer Region zu stärken sowie den forschungsbasierten Ideen-, Wissens- und Technologietransfer strategisch weiterzuentwickeln. Die Anträge der Hochschule RheinMain, der Hochschule Fulda und der Hochschule Darmstadt erhielten im Juli 2017 vom Auswahlgremium einen positiven Bescheid. Sie werden seit diesem Jahr als drei von bundesweit 29 zur Förderung ausgewählten Projekten über einen Zeitraum von fünf Jahren gefördert.

Auch mit Blick auf dem im Land stark unterstützten Aufwuchs Forschungskompetenz der HAWn wird die Frage, inwieweit diese positive Entwicklung stärker verstetigt werden kann, ein Gegenstand der Verhandlungen für den neuen Hessischen Hochschulpakt ab dem Jahr 2021 sein.

SPD:

**Wie steht Ihre Partei zu diesem Thema?**

Hessen braucht eine durchdachte Hochschul(entwicklungs)planung und die Hochschulen in Hessen brauchen eine stabile und tragfähige Finanzgrundlage. Insgesamt erachten wir einen deutlichen Aufwuchs der Mittel für zwingend notwendig, um die Qualität zu verbessern und die Finanzierung an die gestiegenen Studierendenzahlen anzupassen. Langfristig muss die Mittelberechnung an die in der Realität entstehenden Kosten angepasst werden.

Für uns sind Forschung und Lehre gleichrangig und gleichwertig. Spitzenforschung und die damit verbundenen Forschungsschwerpunkte wollen wir nachhaltig fördern und besondere Leistungen in der Lehre auch honorieren. Dabei setzen wir erst einmal auf eine auskömmliche Finanzierung sowohl von Forschung und Lehre. Zusatzprogramme hatten bisher Anstoßcharakter. Langfristig wollen wir Forschungsförderung wie LOEWE zu einer langfristigen Orientierung weiterentwickeln. Außerdem wollen wir die Anstöße gesellschaftlicher Gruppen mit einbeziehen.

Den ständigen Druck zur Drittmittelakquise, der auf vielen Beschäftigungsverhältnissen lastet, wollen wir durch eine bessere und verlässlichere Grundausstattung der Hochschulen senken.

Die Grünen:

**Wie steht Ihre Partei zu diesem Thema?**

Die Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAWen)zu stärken ist und bleibt für uns ein wichtiges Anliegen. Die HAWen haben daher auf Betreiben der GRÜNEN im aktuellen Hochschulpakt erstmals eigenständige Mittel für die Forschungsförderung erhalten. Wir werden uns auch zukünftig dafür einsetzen, deren gesteigerter Bedeutung für das Wissenschaftssystem im Bereich der Forschung auch finanziell gerecht zu werden. Wir GRÜNE haben uns für ein eigenständiges Promotionsrechts für forschungsstarke Bereiche der Hochschulen für angewandte Wissenschaften eingesetzt und mitgeholfen es umzusetzen. Daran werden wir festhalten. Genauso wollen wir die Möglichkeit der Hochschulen stärken, am LOEWE Programm teilzunehmen. Vor allem ist es uns GRÜNEN wichtig, dass die Strategie zur Stärkung der Grundfinanzierung der Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften fortgeführt werden muss. Hochschulen benötigen zur Entwicklung ihrer Forschung Planungssicherheit und ein belastbares Fundament in der Grundfinanzierung. Für HAWen wollen wir zudem Aufbauprogramme für den wissenschaftlichen Mittelbau in Anlehnung an das Berliner Modell auf den Weg bringen.

 Die Linke:

**Wie steht Ihre Partei zu diesem Thema?**

Die Hochschulen sind unterfinanziert, ein neuer bedarfsdeckender Hochschulpakt muss ausgehandelt werden. Wir wollen die Grundfinanzierung der Hochschulen deutlich stärken. Die Landesoffensive zur Entwicklung wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz (LOEWE) soll abgeschafft werden. Außerdem soll sich Hessen für die Beendigung der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder einsetzen und auf eine nachhaltige Kofinanzierung des Hochschulbereichs durch den Bund hinwirken.

Wir sehen die Zunahme der Drittmittelquoten an den Hochschulen sehr kritisch und treten auch zwecks der Sicherung der Unabhängigkeit der Forschung für eine deutliche Stärkung der Grundfinanzierung ein. Eine gesetzliche Verpflichtung der Hochschulen zur Akquirierung von Drittmitteln lehnen wir ab.

FDP:

**Wie steht Ihre Partei zu diesem Thema?**

Die Forschungslandschaft in Hessen ist vielfältig und bedarf der kontinuierlichen Unterstützung. Wir Freie Demokraten setzen deshalb auch in Zukunft auf die verschiedenen Säulen der Forschungsfinanzierung und wenden uns gegen ein Gegeneinander-Ausspielen der Forschungsaktivitäten oder -leistungen.

Wir Freie Demokraten sehen in der Weiterentwicklung der Grundfinanzierung der Hochschulen auch die Notwendigkeit, die Forschung einzubeziehen, denn Lehre und Forschung gehören für uns zusammen, wenn es um die weltbeste Bildung für Studierende geht. Wir wollen die Landes-Offensive zur Entwicklung wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz (LOEWE) mit den LOEWE-Zentren und Schwerpunkten fortführen. Die wissenschaftliche Exzellenz muss jedoch auch nach dem Auslaufen der zugesagten Projektfinanzierungen nachhaltig gesichert werden. Exzellente Forschung und Lehre braucht aber neben Landes- und Bundesmitteln auch Drittmittel. Diese stellen nach Auffassung der Freien Demokraten ein wesentliches Element des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen und eine wichtige zusätzliche Finanzquelle dar. An dieser Finanzierungsäule werden wir auch in Zukunft festhalten. Die Hochschulen sollen zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre langfristig eigenes Vermögen bilden. Hochschulsponsoring sehen wir als Bereiche- rung und darf deshalb nicht durch bürokratische Hemmnisse behindert werden. Die Einrichtung von Stiftungsprofessuren unterstützen wir. Es gilt dabei, die Freiheit der Wissenschaft und Forschung zu wahren. Sie steht nicht zur Disposition.

Vor diesem Hintergrund und dem oben zitierten gesetzlichen Auftrag sind dann auch die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften einzubeziehen und deren Bedarfe müssen berücksichtigt werden.

**Wahlprüfstein 2: Schaffung eines wissenschaftlichen Mittelbaus**

Während in der universitären Forschung grundfinanzierte wissenschaftliche MitarbeiterInnen selbstverständlich sind, fehlt ein grundfinanzierter wissenschaftlicher Mittelbau an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften komplett. Dies führt u. a. dazu, dass der Betrieb von Forschungsanlagen nicht kontinuierlich gewährleistet ist, dass in Forschungsprojekten z. T. diepersonelle Kontinuität in der Projektarbeit nicht gegeben ist, insbesondere für Projekte mit Unternehmen sehr kritisch, oder dass eine forschungsorientierte Unterstützung der Lehre (Übungen oder Laborpraktika) nicht möglich ist. Für junge Wissenschaftler, die über Drittmittel projektgebunden, z. T. mit vglw. kurzen Vertragslaufzeiten, angestellt werden, sind solche Positionen ohne stabile Lebensperspektiven nicht attraktiv. Ein verstetigter wissenschaftlicher Mittelbau könnte solchen zeitlich prekären Lebensverhältnissen entgegenwirken. An den HAW würde sich ein wissenschaftlicher Mittelbau nicht nur positiv auf den Bereich Forschung, sondern auch auf die Qualität der Lehre auswirken. Eine direkte Gegenfinanzierung könnte außerdem teilweise über die Akquisition zusätzlicher Drittmittel erfolgen, die durch die zusätzlichen Kapazitäten möglich wäre.

CDU:

**Befasst sich Ihre Partei mit diesem Thema?**

**Welche Möglichkeiten möchte Ihre Partei umsetzen, um zeitlich prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Wissenschaftsbetrieb an HAW zu vermeiden?**

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses hat für uns als CDU Hessen eine herausragende Bedeutung und ist eine im originären Interesse der Hochschulen selbst liegende Aufgabe. Ziel der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist es, für jede Karrierestufe eine ausreichende Anzahl gut qualifizierter Nachwuchswissenschaftler zu gewinnen und sie zu befähigen, sich erfolgreich entweder für die nächste Qualifikationsphase innerhalb der Wissenschaft zu bewerben oder außerhalb in Industrie und Privatwirtschaft eine langfristige Berufsperspektive zu finden. Dies hängt nicht nur vom persönlichen Leistungsvermögen des Nachwuchswissenschaftlers ab, sondern wird gleichermaßen beeinflusst von strukturellen Entwicklungen der einzelnen Fächer, der Anzahl freier Qualifizierungsstellen und freiwerdender Professorenstellen oder der hochschulspezifischen Neuausrichtung von Forschungsschwerpunkten.

Die Hochschulen haben die Wichtigkeit der Personalentwicklung früh erkannt und ihr institutionell Rechnung getragen. Beispiele hierfür sind u. a. die Einrichtung von Stabsstellen/Referaten für Personalentwicklung, langfristige Personalentwicklungskonzepte, die Weiterentwicklung der Personalführungskompetenzen sowie der zielgruppenspezifischen Kompetenzentwicklung, zentrale und bereichsorientierte Graduiertenfördereinrichtungen, die Mitgliedschaft im bundesweiten Netzwerk für Personalentwicklung an Universitäten, die langfristige Planbarkeit von Karrierewegen in der Wissenschaft sowie die Prüfung von Dauerstellen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (z. B. Auditierung zur ,,familiengerechten Hochschule"), die Förderung der Chancengleichheit, die Gesundheitsförderung und die zunehmende Internationalisierung.

Ein höherer Anteil an befristeten Beschäftigungsverhältnissen ist dem Hochschulsystem mit seinen Qualifikationsschritten und – häufig drittmittelfinanzierten – Projekten immanent. Dies ist auch sachgerecht. Im aktuellen Hessischen Hochschulpakt 2016 - 2020 wurde jedoch vereinbart, dass die Hochschulen eine aufgabengerechte und funktionale Personalstruktur anstreben sollen. Sie entwickeln als Steuerungsinstrumente Personalkonzepte, die insbesondere auch die Personalstruktur und die Personalentwicklung des wissenschaftlichen Personals zum Gegenstand haben. Die Personalkonzepte der Hochschulen sollen insbesondere vorsehen, dass Daueraufgaben in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen wahrgenommen werden, soweit dies aufgrund der zu erbringenden Dienstleistungen sinnvoll und angemessen ist und die Chancen für den künftigen wissenschaftlichen Nachwuchs gesichert bleiben. Die Hochschulen erlassen zudem Leitlinien zu einer adäquaten Befristungspraxis beim wissenschaftlichen Personal, mit denen unabhängig von der Mittelherkunft jeweils der Bezug zwischen Befristungszweck und Befristungsdauer hergestellt und angemessen berücksichtigt wird. Die Hochschulen werden den Anteil kurzfristiger wissenschaftlicher Beschäftigungsverhältnisse reduzieren und den Anteil attraktiver unbefristeter wissenschaftlicher Beschäftigungsverhältnisse in geeignetem Umfang erhöhen. Diese grundsätzliche Übereinkunft wurde in den entsprechenden Zielvereinbarungen mit den einzelnen Hochschulen konkretisiert.

Wir setzen uns insgesamt dafür ein, dass mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse im Mittelbau geschaffen werden und werden weiterhin darauf hinwirken, dass die Hochschulen im Rahmen ihrer Autonomie den Mittelbau insgesamt stärken. Wie schon im laufenden Hessischen Hochschulpakt werden wir auch im Rahmen des neuen Paktes ab 2021 eine zukunftsträchtige und verantwortungsvolle Personalentwicklung an den hessischen Hochschulen sicherstellen.

In einer gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft der hessischen HAWn und des Landes wurden „Grundsätze der hessischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften zur Beschäftigung des wissenschaftlichen Personals unterhalb der Professur“ entwickelt und zwischenzeitlich von den Senaten der Hochschulen verabschiedet. Schließlich befasst sich auch die GWK aktuell mit der Erstellung einer Bund-Länder-Vereinbarung zur Unterstützung der Personalgewinnung und -entwicklung an Fachhochschulen.

SPD:

**Befasst sich Ihre Partei mit diesem Thema?**

**Welche Möglichkeiten möchte Ihre Partei umsetzen, um zeitlich prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Wissenschaftsbetrieb an HAW zu vermeiden?**

Die SPD befasst sich mit dem Thema. Wir wollen schrittweise eine angemessene Personalausstattung, die auch Forschung möglich macht. Für uns sollten Drittmittel zusätzliche Mittel über eine auskömmliche Finanzierung hinaus sein. Wir wollen außerdem klare Transparenzregeln für die Annahme und Durchführung drittmittelfinanzierter Forschung mit den Hochschulen vereinbaren, die dafür sorgen sollen, dass die Forschungsziele offengelegt, die Finanzierung der Projekte und die

Verwertung der Ergebnisse transparent gestaltet werden.

Um gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im Wissenschaftssystem zu erreichen, wollen wir einen Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen einführen, der zum Schutz *vor* prekärer Beschäftigung auch für studentische Hilfskräfte dient und den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" umsetzt. Wir wollen prekäre Arbeitsverhältnisse an Hochschulen ebenso wie befristete Arbeitsverträge zugunsten unbefristeter Stellen abbauen.

Die Grünen:

**Befasst sich Ihre Partei mit diesem Thema?**

**Welche Möglichkeiten möchte Ihre Partei umsetzen, um zeitlich prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Wissenschaftsbetrieb an HAW zu vermeiden?**

Wir GRÜNEN setzen uns sehr dafür ein, dass die Hochschulen für angewandte Wissenschaften besonders bei der Förderung des akademischen Nachwuchses unterstützt werden. Auch den akademischen Mittelbau unterhalb der Professur wollen wir als eigenständige forschende Gruppe stärken, indem wir hier die Schaffung attraktiver Stellen ermöglichen und bessere Mitbestimmungsmöglichkeiten eröffnen.

Außerdem setzen wir uns für alternative Karrierewege neben der Professur und geordnete Arbeitsverhältnisse an unseren Hochschulen ein. Wie bereits beschrieben, wollen wir Maßnahmen für einen gesicherten akademischen Mittelbau auch auf Ebene der Hochschulen für angewandte Wissenschaften auf den Weg bringen (Berliner Modell). Unser Ziel ist, den Anteil von Kurzzeit- und Kettenbefristungen, soweit wie möglich, zu begrenzen. Beschäftigte, die Daueraufgaben wahrnehmen, sollen möglichst Dauerstellen haben. Qualifikationsstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs sind hingegen ihrem Zweck nach befristet. Sie sollen aber für einen Zeitraum zugesichert sein, indem die angestrebte Qualifikation auch tatsächlich erreicht werden kann. Es muss ausreichend Stellen für Qualifikationsprofessuren geben, um talentierte Nachwuchswissenschaftler\*innen in Hessen zu halten.

Wir wollen unsere Ziele für faire Arbeitsbedingungen an den Hochschulen in einem Kodex für gute Arbeit zusammenführen und mit den Hochschulen und Personalvertretungen vereinbaren. Auch sehen wir in der Arbeit studentischer Hilfskräfte einen unerlässlichen Bestandteil zur Sicherstellung des Hochschulbetriebs. Da wir diese wichtige Arbeit wertschätzen, setzen wir uns dafür ein, dass auch studentische Hilfskräfte einen eigenen Tarif im Tarifvertrag erhalten. Es wird eine Beschwerdestelle für Hilfskräfte eingeführt, die Missbrauch mit dieser Beschäftigungsmöglichkeit verhindern soll. Die Einsatzmöglichkeiten wissenschaftlicher und studentischer Hilfskräfte werden in einem Leitfaden für Hilfskräfte, vergleichbar dem der Universität Marburg, definiert.

Die Linke:

**Befasst sich Ihre Partei mit diesem Thema?**

**Welche Möglichkeiten möchte Ihre Partei umsetzen, um zeitlich prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Wissenschaftsbetrieb an HAW zu vermeiden?**

Die aktuelle Beschäftigungssituation führt dazu, dass der wissenschaftliche Nachwuchs nicht gefördert, sondern blockiert wird. Wir fordern, dass es mehr unbefristete und nach der Qualifikation entlohnte Dauerstellen geben muss. DIE LINKE setzt sich für Mindestlaufzeiten für alle Arbeitsverträge ein und dafür, dass die Stellen im Regelfall als Vollzeitstellen besetzt werden. Im hessischen Hochschulgesetz soll zudem verankert werden, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Qualifikationsstellen mindestens die Hälfte ihrer Arbeitszeit zur eigenen Forschung zur Verfügung haben. Stellen mit erhöhtem Lehraufwand sind nicht als Qualifikationsstellen auszuschreiben.

Wir befürchten, dass wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mttarbeiter an den HAW unter ähnlich schlechten Beschäftigungsbedingungen wie der Mittelbau an den Universitäten beschäftigt werden sollen. Dies gilt es, genau wie die Abhängigkeit von Drittmitteln weitestgehend zu verhindern.

FDP:

**Befasst sich Ihre Partei mit diesem Thema?**

**Welche Möglichkeiten möchte Ihre Partei umsetzen, um zeitlich prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Wissenschaftsbetrieb an HAW zu vermeiden?**

Grundsätzlich wollen wir Freie Demokraten die hessischen Hochschulen bei den Möglichkeiten der Personalentwicklung durch die Hochschulautonomie stärken. Wir sind der Überzeugung, dass die beste Lehre aber auch die beste Forschung nur verwirklicht werden können, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Wir möchten daher die Verbesserung der Einstiegsmöglichkeiten für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler und sehen auch die Notwendigkeit, dass gerade auch die HAWs daher im Bereich der Professorinnen- und Professorengewinnung völlig neue Gestaltungsfreiräume benötigen, um zukünftig stärker Einfluss auf die Ausbildung und Qualifizierung Ihres professoralen Nachwuchses nehmen zu können und um Maßnahmen zur Qualifizierung des akademischen Mittelbau zur realisieren. Wir wollen deswegen gerne den Dialog mit den HAWs fortsetzen und die Möglichkeiten überprüfen, inwieweit die von den HAWs teilweise geforderten neuen Karriere- und Qualifizierungswege z. B. im Rahmen eines kombinierten HAW doc-post-doc-Verfahrens und eines eigenen Tenure Track-Verfahrens realisiert werden können. Zudem muss auch den Bedürfnissen von Vereinbarkeit von Familie und Beruf in verstärkter Form

Rechnung getragen werden. Dies gilt auch für den sogenannten akademischen Mittelbau, dem besse re Karrierechancen und Arbeitsbedingungen geboten werden müssen. Den Hochschulen müssen dafür auch die rechtlichen Befugnisse übertragen werden, um diese Möglichkeiten realisieren zu können. Dazu gehört auch, dass die Position der Hochschulen im Rahmen der Berufungsverhandlungen gestärkt und Flexibilisierungen ermöglicht werden.

**Wahlprüfstein 3: Verbesserung der Betreuungsrelation**

Die Betreuungsrelation hat sich in den letzten zehn Jahren erheblich verschlechtert. Während die Zahl der Studienanfänger an den HAW in den letzten zehn Jahren um über 80 Prozent (2007: Rund 48.000 auf 2017: 87.750/Quelle: Statistisches Landesamt) zulegte, stieg die Zahl der Professoren nur um rund 20 Prozent von rund 1.160 auf rund 1.380. Eine individuelle und qualitativ hochwertige Betreuung der Studenten ist nicht mehr gewährleistet. Dabei wäre diese angesichts einer hohen Studienabbrecherquote von geschätzten 20 bis zu über 30 Prozent (Ingenieursbereich) an den HAW von großer Bedeutung.

CDU:

**Wie steht Ihre Partei zur (in Abhängigkeit des Plateaus der Studienanfänger ggf.**

**befristeten) Schaffung zusätzlicher Stellenhülsen für die Neueinstellung von Professoren?**

**Welche Möglichkeit sieht Ihre Partei, eine nachhaltige Entlastung durch einen**

**grundfinanzierten Aufbau des wissenschaftlichen Mittelbaus zu erreichen?**

Eine einseitige Betrachtung des Betreuungsverhältnisses zwischen Professoren (in diesem Fall sogar ohne drittmittelfinanzierte Professuren) zu Studierenden greift grundsätzlich zu kurz, sondern muss auch den erheblichen Aufwuchs im Bereich des wissenschaftlichen Personals berücksichtigen. Die Aussagekraft eines durch die Relation zwischen Studierenden einerseits und bestimmten Personalkategorien andererseits ermittelten Wertes hängt überdies von weiteren Faktoren ab, wie z. B. den fachlichen Ausrichtungen, der konkreten Ausgestaltung der Studienangebote und der durch das beteiligte Personal zu erbringenden Lehrleistung. Diese Faktoren haben gleichermaßen Einfluss auf den Studienerfolg.

Auf die stark gestiegene Grundfinanzierung der hessischen Hochschulen, die sich im Grundbudget wesentlich an der Anzahl der Studierenden in der Regelstudienzeit festmacht, wurde bereits hingewiesen. Nicht unerwähnt bleiben darf in dem Zusammenhang, dass der aktuelle hessische Hochschulpakt – bei gleichzeitiger Deckelung der Leistungszahl der Hochschulen – eine Steigerung des Teilbudgets Lehre im Erfolgsbudget der Hochschule durch die Verwendung von 30 Millionen Euro p.a. aus dem sogenannten HSP 2020 vorsieht. Aus dem HSP 2020 wird den Hochschulen im Übrigen ein jährlicher Festbetrag von 200 Millionen Euro transparent und planbar für die Laufzeit des hessischen Hochschulpakts zur Verfügung gestellt – gerade um die Mehrbelastung auf Grund gestiegener Studierendenzahlen zu berücksichtigen.

Seit dem Wintersemester 2008/2009 stehen den Hochschulen des Landes überdies jährlich 92 Millionen Euro nach dem „Gesetz zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre“ (sog. QSL-Mittel) zur Verfügung. Diese Mittel sind von den Hochschulen zweckgebunden zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre zu verwenden. Insbesondere sind sie verpflichtet, Voraussetzungen für die Studierenden zu schaffen, um in angemessener Zeit das Studium erfolgreich abschließen zu können. Aus diesen Mitteln haben die Hochschulen bereits dauerhafte Stellen bis zur Ebene der Professur geschaffen bzw. solche (mit-)finanziert; künftig sollen diese Mittel in noch stärkerem Maße für diesen Zweck genutzt werden. Auch von dem Bauprogramm HEUREKA II werden die HAWn mit 160 Millionen Euro besonders profitieren; weitere 155 Millionen Euro erhalten sie durch das Programm „HSP 2020 - Invest III“ aus Mitteln des Hochschulpaktes 2020 von Bund und Ländern.

Aber auch beim Personal wurden deutliche Verbesserungen erreicht bzw. angeschoben: Bereits im Haushalt 2015 wurde die Schaffung von 171 zusätzlichen Stellenhülsen für W2-Professuren beschlossen, mit denen die HAWn Beamtenstellen anbieten können, um hierdurch die Attraktivität der HAWn zur Einstellung von hochqualifizierten Professoren zu erhöhen. Zum Haushalt 2017 wurden insgesamt weitere 160 Stellenhülsen geschaffen, um auch die HAWn in die Lage zu versetzen, den weiterhin hohen Bestand an Studenten bewältigen zu können.

Im Rahmen des Doppelhaushaltes 2018/19 wurden durch die Entfristung von einem Viertel der insgesamt 172 bislang bis Ende 2020 befristeten W2-Stellen an HAWen (43) bzw. die Verlängerung der Befristung auf das Jahr 2026 bei einem weiteren Viertel der Stellen (43) dauerhafte und hochwertige Beschäftigungsperspektiven für Professoren geschaffen. Hierfür sind in diesem und im nächsten Jahr jeweils 2 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen. Dies dürfte ebenfalls einen Beitrag zur Verbesserung der Betreuungsrelationen darstellen sowie die zusätzliche Gewinnung von Lehrpersonal erleichtern. Damit haben wir eine deutliche Verbesserung der Situation an den hessischen Hochschulen herbeiführen können.

Die Betreuungsrelation ist jedoch nicht nur davon abhängig, wie viele Mittel oder Stellen zur Beschäftigung von Personal zur Verfügung gestellt werden, sondern auch davon, ob qualifiziertes Personal für die Lehre gewonnen werden kann. Gerade bei den HAWn, bei denen die Lehre auf professoraler Ebene ausgeübt wird, stellt sich zunehmend die Herausforderung, interessierte und geeignete Personen aus der Wirtschaft zu gewinnen, die die praxisnahe Ausbildung an den HAW gewährleisten können. Wir befürworten daher das bereits genannte Bund-Länder-Programm zur Unterstützung der Personalgewinnung und -entwicklung an den HAWn und begrüßen, dass die CDU-geführte Landesregierung dafür im Haushalt 2018/2019 bereits Vorsorge getroffen hat.

Hessenweit werden ca. 200 Professuren direkt aus den oben genannten HSP 2020-Mitteln finanziert. Um diese Erfolge und die damit verbundenen positiven Entwicklungen im Hochschulbereich fortzusetzen, ist eine dauerhafte Finanzierung unter Beteiligung des Bundes erforderlich. Die Verstetigung des Hochschulpakts ist für das deutsche Wissenschaftssystem daher von zentraler Bedeutung, denn sie sichert langfristig die Grundfinanzierung der Hochschulen.

Wir begrüßen vor diesem Hintergrund ausdrücklich die zwischen CDU/CSU und SPD für die neue Legislaturperiode auf Bundesebene vereinbarte Fortführung des HSP 2020. Bei den Verhandlungen wird aus unserer Sicht insbesondere zu prüfen sein, ob eine Flexibilisierung der Mittelverwendung erzielt werden kann. Das kürzlich veröffentliche Positionspapier des Wissenschaftsrates „Hochschulbildung im Anschluss an den Hochschulpakt 2020“ enthält hierzu wichtige Vorschläge und Hinweise. Ziel sollte auch sein, den Verwaltungsaufwand für die Hochschulen deutlich zu reduzieren.

Wir setzen uns insgesamt dafür ein, dass mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse im Mittelbau geschaffen werden und werden weiterhin darauf hinwirken, dass die Hochschulen im Rahmen ihrer Autonomie den Mittelbau insgesamt stärken. Wie schon im laufenden Hessischen Hochschulpakt werden wir auch im Rahmen des neuen Paktes ab 2021 gemeinsam mit den hessischen Hochschulen eine zukunftsträchtige und verantwortungsvolle Personalentwicklung an den Hochschulen vorantreiben.

SPD:

**Wie steht Ihre Partei zur (in Abhängigkeit des Plateaus der Studienanfänger ggf. befristeten) Schaffung zusätzlicher Stellenhülsen für die Neueinstellung von Professoren?**

**Welche Möglichkeit sieht Ihre Partei, eine nachhaltige Entlastung durch einen grundfinanzierten Aufbau des wissenschaftlichen Mittelbaus zu erreichen?**

Auch hier sind die Grundlagen für Verbesserungen die Verstärkung der Grundfinanzierung und die teilweise Verstetigung bisher befristeter Mittel. Nach den inzwischen bestehenden bundespolitischen Vereinbarungen wird auch der HSP 2020 fortgeführt werden können. Bei den grundsätzlichen Nachwuchsproblemen der HAWs wird das Land die Entwicklung von Karrierepfaden begleiten und die Umsetzung finanziell unterstützen. Verstetigungen von Tenure-Track-Professuren werden in den nächsten Hochschulpakt eingearbeitet.

Darüber hinaus setzt sich die SPD für gleiche Chancen für Männer und Frauen ein. Dabei sollen Frauen nicht nur gefördert werden, sie sollen auch ermutigt werden, in Wissenschaft und Forschung zu bleiben. Langfristig wollen wir einen Gleichstand von Professorinnen und Professoren erreichen.

Wir wollen gute Betreuungsmöglichkeiten schaffen, die Betreuungsrelationen in einem Stufenplan schrittweise verbessern und auf ein international vergleichbares Niveau bringen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Anteil unbefristeter Arbeitsverhältnisse erhöht wir dund Mindestvertragslaufzeiten eingehalten werden.

Die Grünen:

**Wie steht Ihre Partei zur (in Abhängigkeit des Plateaus der Studienanfänger ggf. befristeten) Schaffung zusätzlicher Stellenhülsen für die Neueinstellung von Professoren?**

**Welche Möglichkeit sieht Ihre Partei, eine nachhaltige Entlastung durch einen grundfinanzierten Aufbau des wissenschaftlichen Mittelbaus zu erreichen?**

Wir haben in der zurückliegenden Wahlperiode seit unserem Eintritt in die Landesregierung die Richtung der Hochschulfinanzierung geändert und den Hochschulen eine stetig steigende Grundfinanzierung zur Verfügung gestellt. Allein im Doppelhaushalt 2018/2019 werden die Hochschulbudgets um 68 Millionen Euro gesteigert. Dazu wurden auf Initiative von uns GRÜNEN in beiden Jahren 2 Millionen Euro zusätzlich zur Verbesserung der Lehre bereitgestellt. Für den Bereich der Hochschulen für angewandte Wissenschaften wurden 43 Stellen in den Doppelhaushalt unbefristet eingestellt und bei 43 weiteren der kw-Vermerk (Wegfallvermerk), um sechs bzw. sieben Jahre, auf Ende 2026 verschoben. Wir haben uns außerdem dafür eingesetzt, dass kw-Vermerke bei 130 Professorenstellen gestrichen wurden. Wir haben zudem im Haushalt dafür Vorsorge geleistet, dass wir an dem auf Bundesebene angekündigten Nachwuchsprogramm für Hochschulen für angewandte Wissenschaften teilhaben können.

Für uns GRÜNE ist klar, dass für eine hohe Qualität des Studiums eine gute Relation zwischen Lehrenden und Studierenden unerlässlich ist. Um die Betreuungsrelation zu sichern und Lehrende sowie Forschende an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften zu entlasten, werden wir daher den Weg der verlässlich wachsenden Grundfinanzierung der Hochschulen weitergehen und die Stellensituation weiter verbessern. Einen grundfinanzierten wissenschaftlichen Mittelbau, wie er auch an Universitäten selbstverständlich ist, sehen wir auch im Hinblick auf die Nachwuchssituation an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften als wichtig an. Auch Geld für ein neues Nachwuchsförderprogramm steht im Haushalt bereit.

Die Linke:

**Wie steht Ihre Partei zur (in Abhängigkeit des Plateaus der Studienanfänger ggf. befristeten) Schaffung zusätzlicher Stellenhülsen für die Neueinstellung von Professoren?**

**Welche Möglichkeit sieht Ihre Partei, eine nachhaltige Entlastung durch einen grundfinanzierten Aufbau des wissenschaftlichen Mittelbaus zu erreichen?**

Es wird auf die Antwort auf die Fragen zum Thema „Schaffung eines wissenschaftlichen Mittelbaus“ verwiesen.

Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung des im Grundgesetz festgelegten Rechts auf freie Berufswahl ein. Das mit der daraus resultierenden erhöhten Studierendenzahl ein erhöhter Lehrkräftebedarf an den Hochschulen einher geht, dem Rechnung getragen werden muss, liegt auf der Hand.

FDP:

**Wie steht Ihre Partei zur (in Abhängigkeit des Plateaus der Studienanfänger ggf. befristeten) Schaffung zusätzlicher Stellenhülsen für die Neueinstellung von Professoren?**

**Welche Möglichkeit sieht Ihre Partei, eine nachhaltige Entlastung durch einen grundfinanzierten Aufbau des wissenschaftlichen Mittelbaus zu erreichen?**

(siehe Wahlprüfstein 5)

**Wahlprüfstein 4: Attraktivität von Professuren**

Aktuell finden sich immer weniger qualifizierte Bewerber für die Professuren an HAW. Dies belegt auch eine Studie des Deutsche Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Rund die Hälfte der Besetzung von Professuren, so das Ergebnis, konnte nicht in der ersten Ausschreibungsrunde abgeschlossen werden. Ebenso groß war die Zahl der Verfahren, in denen eine potenziell geforderte Drei-Kandidaten-Liste zur Vorlage in den Ministerien nicht erstellt werden konnte. Ein Grund ist die im Vergleich der Bundesländer und vor allem im Vergleich zur Industrie eher schlechte Bezahlung der ProfessorInnen in Hessen. Negativ wirkt sich jedoch vor allem aus, dass sich die Erfahrungsstufen der W-Besoldung nicht auf die von HAW-Professoren geforderte und gewünschte Karriere in der beruflichen Praxis, sondern lediglich auf eine mögliche vorauslaufende Hochschulkarriere beziehen. So werden Professoren, die aus der beruflichen Praxis kommen, unabhängig von ihren Leistungen in der Industrie in die untere Erfahrungsstufe eingestuft. Verhandlungen während der Berufung können dieses Problem nicht grundsätzlich lösen.

CDU:

**Welche Möglichkeiten sollen von Ihrer Partei umgesetzt werden, um die für HAW**

**Professuren geforderte berufliche Praxis außerhalb der Hochschule adäquat in der**

**Besoldung zu berücksichtigen?**

Bereits heute ist eine adäquate Berücksichtigung der beruflichen Praxis im Grundsatz möglich. Vor diesem Hintergrund sehen wir derzeit keinen Änderungsbedarf. Zudem war die Einführung von Erfahrungsstufen in der hessischen W-Besoldung eine bewusste Entscheidung, die das hessische Besoldungsrecht von anderen Ländern unterscheidet. Sie trägt zu einer differenzierten Besoldungsstruktur bei. Durch die Gewährung von Leistungszulagen ist diese Besoldung in Summe daher sehr konkurrenzfähig.

**Welche Aktivitäten sind geplant, um Professuren wieder attraktiver zu gestalten?**

Die Personalgewinnung an HAWn ist in fast allen Ländern ein wichtiges Thema. Die CDU Hessen setzt sich für ein entsprechendes, aktuell in der GWK verhandeltes, Bund-Länder-Programm zur Unterstützung dieser Personalgewinnung und -entwicklung ein und begrüßt, dass sich CDU/CSU und SPD auf Bundesebene darauf verständigt haben, gemeinsam mit den Ländern eine breit angelegte Initiative starten zu wollen, um Karrierewege bis zur Fachhochschulprofessur aktiv zu gestalten und Fachhochschulen bei deren Rekrutierung zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund befürworten wir ausdrücklich, dass bereits im Doppelhaushalt 2018/2019 finanzielle Vorsorge für ein solches Programm getroffen wurde. Künftig sollen durch die Kooperation von HAW und Unternehmen sogenannte „Tandem-Programme“ umgesetzt und hierfür Kooperationsplattformen eingerichtet werden können. Hierfür werden finanzielle Mittel vorgehalten, um zügig personelle Verbesserungen zu ermöglichen.

SPD:

**Welche Möglichkeiten sollen von Ihrer Partei umgesetzt werden, um die für HAW-Professuren geforderte berufliche Praxis außerhalb der Hochschule adäquat in der Besoldung zu berücksichtigen?  Welche Aktivitäten sind geplant, um Professuren wieder attraktiver zu gestalten?**

Die HAW-Professuren in Hessen sind im Bundesländervergleich sehr attraktiv vergütet. Ob und wie die für HAW-Professuren geforderte berufliche Praxis außerhalb der Hochschule adäquat in der Besoldung berücksichtigt werden kann, muss im Gespräch mit den Hochschulen und den betroffenen Professoren diskutiert werden. Dazu haben wir in der Partei noch keine abschließende Position.

Die SPD will das Personalmanagement an Hochschulen verbessern. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter suchen und brauchen Sicherheit und Perspektiven. Wenn wir kluge Köpfe halten wollen, müssen wir an unseren Hochschulen auch gute Rahmen- und Arbeitsbedingungen sowie sichere und ausreichend lange Karrierewege anbieten und dürfen nicht zulassen, dass sie die Hochschulen verlassen, bevor sie eine Professur erhalten. Wer kluge Köpfe an den Hochschulen halten will, muss adäquate Stellen bereitstellen.

Wir wollen bessere Arbeitsbedingungen schaffen und dadurch die Attraktivität erhöhen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Streichung der „sachgrundlosen Befristung" von Arbeitsverhältnissen ein. Außerdem werden wir die Möglichkeiten zur Entfristung der Lehrkräfte für besondere Aufgaben erweitern. Eine weitere Maßnahme ist die Verbesserung der digitalen Infrastruktur, die einen eigenen Rahmen erhalten wird. Darüber hinaus streben wir eine Fortführung des Hochschulpaktes 2020 an. Um eine ausreichend dotierte Fortschreibung des Pakts zu erreichen, setzen wir uns weiter dafür ein, das Kooperationsverbotkomplett abzuschaffen.

Die Grünen:

**Welche Möglichkeiten sollen von Ihrer Partei umgesetzt werden, um die für HAW-Professuren geforderte berufliche Praxis außerhalb der Hochschule adäquat in der Besoldung zu berücksichtigen?  Welche Aktivitäten sind geplant, um Professuren wieder attraktiver zu gestalten?**

Die Besoldung in Hessen ist grundsätzlich immer noch attraktiv. Vergleicht man z. B. die Besoldung in der Erfahrungsstufe 5 der W2-Besoldung so liegt Hessen sogar auf Platz 2 im Ländervergleich. Gleichwohl sehen wir den zunehmenden Wettbewerb um qualifizierte Kräfte, denen auch unsere Hochschulen bei Berufungen zunehmend ausgesetzt sind. Wir werden gemeinsam mit den Hochschulen daran arbeiten, die Berufung auf eine HAW Professur weiter attraktiv zu halten. Wir haben immer wieder Stellenhülsen geschaffen, um Professoren und Professorinnen verbeamten zu können. Dass unsere Hochschulen auch in Zukunft ausreichend Stellenhülsen haben, dafür setzen wir uns auch in Zukunft weiter ein. Wir schließen uns der Empfehlung der Hochschulverbünde an und setzen uns weiter für die Etablierung von kooperativen Promotionskollegs ein, die es beruflich Qualifizierten ermöglichen, sich wissenschaftlich zu qualifizieren.

Die Doppelqualifikation der Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften ist ein wesentliches Strukturelement der Arbeit an HAW. An diesem wollen wir GRÜNEN festhalten und im Dialog mit den Hochschulen für angewandte Wissenschaften und den anderen Beteiligten, weitere Maßnahmen entwickeln, um mehr Professorinnen und Professoren für die Hochschulen zu gewinnen.

Die Linke:

**Welche Möglichkeiten sollen von Ihrer Partei umgesetzt werden, um die für HAW-Professuren geforderte berufliche Praxis außerhalb der Hochschule adäquat in der Besoldung zu berücksichtigen?**

**Welche Aktivitäten sind geplant, um Professuren wieder attraktiver zu gestalten?**

Wir setzen uns für eine Entlohnung ein, die sich an der Qualifikation orientiert. Für ihre Hochschulen, für die auch und besonders die berufliche Praxis eine Rolle spielt, kann es durchaus sinnvoll sein, in diesem Zusammenhang auch diese zu berücksichtigen.

Für die Professuren in den MINT-Fächern ist es langfristig gesehen von großer Bedeutung, die Förderlinien, die Schülerinnen für ein Studium in diesen Bereichen begeistern sollen, mindestens beizubehalten. Aus einer gesteigerten Attraktivität der Studiengänge für Männer und eben vordergründig Frauen folgt mittel- und langfristig schon rein logisch ein größerer Pool an potenziellen Bewerberinnen für die Professuren.

FDP:

**Welche Möglichkeiten sollen von Ihrer Partei umgesetzt werden, um die für HAW-Professuren geforderte berufliche Praxis außerhalb der Hochschule adäquat in der Besoldung zu berücksichtigen?**

**Welche Aktivitäten sind geplant, um Professuren wieder attraktiver zu gestalten?**

(siehe Wahlprüfstein 5)

**Wahlprüfstein 5: Anpassung des Lehrdeputats**

Seit Anfang der 1970er Jahre ist das Lehrdeputat von 18 Semesterwochenstunden an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften konstant geblieben – ohne Rücksicht auf neue zeitaufwändige Aufgaben in den Bereichen Forschung und Selbstverwaltung sowie neue Studienfächer mit einer hohen Innovationsrate. Auch vor diesem Hintergrund wird eine adäquate Betreuung der Studierenden, deren Zahl in den letzten Jahren massiv gestiegen ist, immer schwieriger.

CDU:

**Welche Möglichkeiten sind von Ihrer Partei angedacht, für ProfessorInnen an HAW adäquate zeitliche Kapazitäten zur Wahrnehmung von Forschungsaufgaben, Aufgaben in der Hochschulselbstverwaltung und zur ausreichenden Betreuung der Studierenden durch Absenkung des Lehrdeputats zu schaffen?**

Eine Verringerung des üblichen Lehrdeputates (18 SWS) ist bereits heute für anwendungsbezogene Forschung möglich. Weiterreichenden Änderungsbedarf sehen wir derzeit nicht.

SPD:

**Welche Möglichkeiten sind von Ihrer Partei angedacht, für Professorinnen an HAW** **adäquate zeitliche Kapazitäten zur Wahrnehmung von Forschungsaufgaben, Aufgaben in der Hochschulselbstverwaltung und zur ausreichenden Betreuung der Studierenden durch Absenkung des Lehrdeputats zu schaffen?**

Wir können ihre Forderung gut nachvollziehen, haben dazu aber noch keine abschließende Position.

Die Grünen:

**Welche Möglichkeiten sind von Ihrer Partei angedacht, für ProfessorInnen an HAW adäquate zeitliche Kapazitäten zur Wahrnehmung von Forschungsaufgaben, Aufgaben in der Hochschulselbstverwaltung und zur ausreichenden Betreuung der Studierenden durch Absenkung des Lehrdeputats zu schaffen?**

Wir GRÜNEN sind uns der gestiegenen Herausforderungen für Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften bewusst. Wir schätzen die von ihnen geleistete Arbeit und wollen durch die Verstetigung und Aufstockung des Bund-Länder-Hochschulpakts die Grundfinanzierung der Hochschulen sichern. Auch der Hessische Hochschulpakt – in dem festgehalten wurde, dass vor allem die Hochschulen für angewandte Wissenschaften einen größeren Anteil an der Gesamtausbildung leisten sollen – muss fortgeführt werden, damit das Land weiter seinen Anteil an der Finanzierung der Hochschulen trägt und die Hochschulen bzw. die Professorinnen und Professoren entlastet werden können. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir gemeinsam mit den Professorinnen und Professoren die Belastungen für Lehrende analysieren und prüfen, welche Möglichkeiten existieren, um diese zu reduzieren.

Die Linke:

**Welche Möglichkeiten sind von Ihrer Partei angedacht, für ProfessorInnen an HAW adäquate zeitliche Kapazitäten zur Wahrnehmung von Forschungsaufgaben, Aufgaben in der Hochschulselbstverwaltung und zur ausreichenden Betreuung der Studierenden durch Absenkung des Lehrdeputats zu schaffen?**

Es wird auf die Antworten auf die Fragen zu den Themen „Schaffung eines wissenschaftlichen Mittelbaus“ und „Verbesserung der Betreuungsrelation“ verwiesen.

FDP:

**Welche Möglichkeiten sind von Ihrer Partei angedacht, für ProfessorInnen an HAW adäquate zeitliche Kapazitäten zur Wahrnehmung von Forschungsaufgaben, Aufgaben in der Hochschulselbstverwaltung und zur ausreichenden Betreuung der Studierenden durch Absenkung des Lehrdeputats zu schaffen?**

Wir Freie Demokraten setzen grundsätzlich auf die Autonomie der Hochschulen, so dass diese die Rahmenbedingungen eigenverantwortlich an den Bedürfnissen vor Ort gestalten können. Darüber hinaus sehen wir die Notwendigkeit, die Problemlagen im Rahmen der Verhandlungen zum neuen Hochschulpakt und zu den Zielvereinbarungen einzubeziehen. Darüber hinaus ist es jedoch notwendig, die Finanzierung des Hochschulsystems anzugehen, um eine auskömmliche und bedarfsgerechte Mittelvergabe zu realisieren. Im Zuge dessen können dann auch notwendige Veränderungen z. B. im Lehrdeputat und mit Blick auf Personalentwicklung und -einstellung umsetzt werden. Denn der Wettbewerb um die besten Köpfe gilt sowohl für die Studierenden als auch Professoren und den Mittelbau. Wir Freie Demokraten möchten den Hessischen Hochschulpakt, der sich bewährt hat, unter Einbeziehung aller hessischen Hochschulen und Berücksichtigung von besonderen Bedürfnissen fortführen.

Die Hochschulen brauchen Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Jedoch gilt es, bei der staatlichenHochschulfinanzierung die Clusterpreise für die unterschiedlichen Hochschulen neu auszutarieren. Dabei geht es nicht um Gleichmacherei, sondern um die Berücksichtigung der Besonderheiten in der Hochschullandschaft, da die Grundlagenforschung in vielen Fällen aufwendiger ist und sich schlechter durch Drittmittel finanzieren lässt als in anderen Bereichen. Wir streben im nächsten Hochschulpakt die Weiterentwicklung der Kennzahlen an, mit denen die Leistung der Hochschule in Forschung und Lehre gemessen wird. Die Hochschulen sollen in den Wettbewerb um die besten Studierenden, Mitarbeiter und Wissenschaftler treten. Deshalb müssen Anreize für die Steigerung der Qualität von For- schung und Lehre verstärkt und der Wettbewerb um die besten Leistungen in der Forschung, aber auch in der Lehre gefördert werden. Dabei sehen wir Forschung und Lehre in ihrer Bedeutung als gleichwertig an.

Vor diesem Hintergrund möchten wir die vorangegangenen drei Fragekomplexe betreffend noch einmal auf unsere Forderungen hinsichtlich der Hochschulfinanzierung eingehen. Ziel der Freien Demokraten ist, dass jeder junge Mensch, der studieren will und dazu fachlich in der Lage ist, auch studieren kann. Um optimale Studienbedingungen zu ermöglichen, setzen wir auch weiterhin auf pragmatische Lösungen wie überlappende Berufungen (d. h. Neubesetzungen von Professorenstellen, die erst in einigen Jahren auslaufen) und zusätzliche Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau. Vor diesem Hintergrund teilen wir die Einschätzung, dass die Qualität des Studiums und die notwendige Verbesserung der Betreuungsrelation nicht von der Frage der Grundfinanzierung zu trennen ist, sondern das be darfsbezogen das Konzept des verlässlich finanzierten Mittelaufwuchses, wie im derzeitigen Hessischen Hochschulpakt vereinbart, überprüft und weiterentwickelt werden muss. Die QSL-Mittel sind auch zukünftig bereitzustellen und nicht gegenzurechnen.

Die Finanzmittel aus dem Hochschulpakt 2020 des Bundes müssen verstetigt und in voller Höhe durch zusätzliche Mittel aus dem Landesetat kofinanziert werden. Wir sind der Überzeugung, dass das Land hier Verantwortung übernehmen und sich aktiv auf Bundesebene dafür einsetzen muss, dass die Fort- führung von Programmen zugesichert wird. Kurzfristige Entscheidungen gefährden die Planungssicherheit der Hochschulen und verengen deren Spielräume in Hinblick auf die Verbesserung der Qualität der Lehre und Forschung sowie die Gewinnung von herausragendem Personal.

Aber neben der Fortführung des Bund-Länder-Paktes setzen wir Freie Demokraten auf die Veränderung des Finanzierungssystems. Wir möchten uns dafür einsetzen, dass die Hochschulfinanzierung zwischen Land und Bund neu geregelt wird, denn der Staat muss für jeden Studierenden, der sich für ein Studium in zertifizierter Qualität entscheidet, konsequent und trägerunabhängig die Kosten nach dem Modell „Geld folgt Student“ (GefoS) an die entsprechende Bildungseinrichtung zahlen. Dabei hängt die Höhe des Semesterbetrags vom jeweiligen Fach ab (Clusterpreis) und wird deutschlandweit einheitlich festgesetzt.

**Wahlprüfstein 6: Hochschulen für Angewandte Wissenschaften im Wahlprogramm**

Mit einem Anteil von ca. 35 % aller Studierenden /Quelle: Statistisches Landesamt/ spielen die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften eine wichtige Rolle für die wissenschaftliche und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Hessen. Die Betrachtung der Kosten für die akademische Ausbildung an HAW und ihrer gesellschaftlich-volkswirtschaftlichen Auswirkungen (Social Return on Invest) zeigen, dass die Effizienz der Ausbildung an HAWs außerordentlich hoch ist.

CDU:

**In welcher Form berücksichtigen Sie die Belange und Entwicklungsmöglichkeiten der HAW und deren bildungspolitische Wirkung in Ihrem Wahlprogramm?**

**Werden in Ihrem Wahlprogramm spezifische Probleme der anwendungsorientierten akademischen Ausbildung durch HAW angesprochen?**

Unser Anspruch bleibt es, Spitzenstandort in Forschung und Lehre zu bleiben. Innovationen von heute sichern die Arbeitsplätze von morgen. In der Fortschreibung des Hessischen Hochschulpaktes 2021 - 2025 soll die vertrauensvolle und langfristige Zusammenarbeit mit den Hochschulen fortgesetzt werden. In diesem Rahmen werden wir weiterhin eine angemessene Hochschulfinanzierung gewährleisten. Wir setzen uns für den Erhalt der vielfältigen Hochschullandschaft in Hessen ein, um ein starkes und wissenschaftlich breit aufgestelltes Spitzenbildungsangebot zu gewährleisten. Eine Ausweitung des Anteils der Studierenden an HAWn werden wir sachgerecht unterstützen. An dem Modellversuch zur zeitlich befristeten Verleihung des Promotionsrechtes an forschungsstarke Fachgebiete von HAWn halten wir fest. Eine qualitätsgesicherte Entfristung des Promotionsrechtes bei erfolgreicher Evaluation streben wir an. Zudem wollen wir das stark von den hessischen HAWn getragene Erfolgsmodell „Duale Studium“ ausweiten, auch um seine regionale Präsenz gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren zu stärken und bedarfsgerecht auszubauen. Unser Ziel ist, noch mehr junge Menschen für ein duales Studium zu gewinnen.

SPD:

**Frage: ln welcher Form berücksichtigen Sie die Belange und Entwicklungsmöglichkeiten der HAW** **und deren bildungspolitische Wirkung in Ihrem Wahlprogramm?**

**Frage: Werden in Ihrem Wahlprogramm spezifische Probleme der anwendungsorientierten akademischen Ausbildung durch HAW angesprochen?**

Gute Hochschulen, sowohl HAWs wie Universitäten, bieten Raum für die persönliche Entwicklung der Studierenden. Hochschulen sind neben der dualen Ausbildung einer der beiden Hauptwege zu einer qualifizierten Bildung. Daneben sind die Hochschulen mit grundlegender und angewandter Forschung eine gesellschaftliche Antriebskraft für Innovationen. Wir wollen anregen, dass die Hochschulen Studiengänge einrichten, die für die Studierenden später breitere Berufsfelder als bisher eröffnen. Hoch spezialisierte Masterstudiengänge sollen auch in Kooperation von mehreren Hochschulen eingerichtet werden können. Wir werden einen hessischen **Forschungs- und Innovationsrat einrichten,** in dem Hochschulen, Parlament und gesellschaftliche Gruppen gemeinsam darüber beraten, wie Forschung Innovation in Gesellschaft und Wirtschaft vorantreiben kann. Dieser erhält einen begrenzten Etat zur Anschubfinanzierung von gemeinsam identifizierten Innovationsprojekten und vergibt in diesem Rahmen Forschungsprojekte einschließlich des notwendigen Personals. Die Projekte selbst werden an hessischen Hochschulen durchgeführt.

Weitere Punkte aus dem Wahlprogramm, die HAW betreffen:

Wir bleiben beim eigenständigen Promotionsrecht der Hochschulen für angewandte

Wissenschaften (ehemalige Fachhochschulen). Darüber hinaus wollen wir die Verbesserung von Möglichkeiten für kooperative Promotionen von diesen Hochschulen mit Universitäten erreichen. Wir wollen den Übergang zwischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Universitäten weiter erleichtern.

Die Grünen:

**In welcher Form berücksichtigen Sie die Belange und Entwicklungsmöglichkeiten der HAW und deren bildungspolitische Wirkung in Ihrem Wahlprogramm?**

**Werden in Ihrem Wahlprogramm spezifische Probleme der anwendungsorientierten akademischen Ausbildung durch HAW angesprochen?**

Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind uns GRÜNEN wichtig und werden daher auch in unserem Wahlprogramm behandelt. Da die aktuelle Bildungsexpansion zum großen Teil an Hochschulen für angewandte Wissenschaften stattfindet und aus unserer Sicht, auch dort am besten gelingen kann, wollen wir diese Entwicklung weiter unterstützen. Dabei soll nicht nur der Anteil der Studierenden dort langfristig auf 40 Prozent steigen, sondern es sollen auch neue Studiengänge, Fachgebiete und Forschungsfelder entstehen.  Wir GRÜNE sehen außerdem in der anwendungsbezogenen Forschung einen wichtigen und steigerungsfähigen Bestandteil der hessischen Forschungslandschaft.

Deshalb haben die Hochschulen für angewandte Wissenschaften auf Betreiben der GRÜNEN im aktuellen Hochschulpakt erstmals eigenständige Mittel für die Forschungsförderung erhalten. Wir werden uns auch künftig dafür einsetzen, deren gesteigerter Bedeutung für das Wissenschaftssystem im Bereich der Forschung gerecht zu werden. Die Möglichkeit eines eigenständigen Promotionsrechts für forschungsstarke Bereiche der Hochschulen für angewandte Wissenschaften wollen wir beibehalten. Denn mit dem eigenständigen Promotionsrecht ist es den Hochschulen für angewandte Wissenschaften erstmals überhaupt möglich, eigenständig wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden. Die Förderung des akademischen Nachwuchses wollen wir weiter unterstützen und eigene Stellen für einen Mittelbau an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften fördern.

Die Linke:

**In welcher Form berücksichtigen Sie die Belange und Entwicklungsmöglichkeiten der HAW und deren bildungspolitische Wirkung in Ihrem Wahlprogramm? Werden in Ihrem Wahlprogramm spezifische Probleme der anwendungsorientierten akademischen Ausbildung durch HAW angesprochen?**

Wir setzen uns für eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung aller Hochschulen in Hessen ein, unabhängig von ihrer Spezialisierung oder ihrer Bedeutung für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Landes Hessen.

Spezifische Probleme der anwendungsorientierten akademischen Ausbildung werden in unserem Wahlprogramm nicht angesprochen.

FDP:

**In welcher Form berücksichtigen Sie die Belange und Entwicklungsmöglichkeiten der HAW und deren bildungspolitische Wirkung in Ihrem Wahlprogramm?**

**Werden in Ihrem Wahlprogramm spezifische Probleme der anwendungsorientierten akademischen Ausbildung durch HAW angesprochen?**

Wie bereits in den vorangegangenen Themen angesprochen, setzen wir Freie Demokraten uns für einen fairen Wettbewerb zwischen Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften ein, der durch die Schaffung von objektiven und transparenten Kriterien ermöglicht wird. Demzufolge sind die HAWs mit ihren besonderen Bedürfnissen, Zielsetzungen und Problemlagen bei der Zukunftsstrategie der Hessischen Hochschulen zu berücksichtigen und müssen gleichberechtigt beim Hochschulpakt und den Zielvereinbarungen berücksichtigt werden. Dieses Bekenntnis ist auch im Wahlprogramm hinterlegt.

﻿